

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0070/2009</b> <b>öffentlich</b> <b>26.01.2009</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 10.03.2009	Innen- und Umweltausschuss Ratsfraktion	Ratsherr Michael Wagner, SPD- Ratsfrau Karin Weichert, B90/Die Grünen Ratsfrau Antje Danker, SSW
<b>Betreff:</b> Kommunaler Präventions- und Sicherheitsbericht für die Landeshauptstadt Kiel		

**Antrag:**

I.

1. Zur Erreichung des Zieles Kriminalitätsverhütung wird aus den für das Produkt 11120100 zur Verfügung stehenden Mitteln u. a. die Finanzierung eines „Kommunalen Präventions- und Sicherheitsberichtes für die Landeshauptstadt Kiel“ vorgesehen.
2. Der kommunale Präventions- und Sicherheitsbericht soll von der Verwaltung im Rahmen einer wissenschaftlichen Facharbeit, die an einer der Kieler Hochschulen verfasst wird, im Jahr 2009 erstellt werden. Das Ergebnis ist der Ratsversammlung spätestens im Januar 2010 vorzulegen. Ziel ist u. a. die Evaluierung der bestehenden Präventionsprojekte.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Polizeidirektion, dem Verein zur Förderung der Kriminalitätsverhütung, der Forschungsstelle Jugendstrafrecht und Kriminalitätsprävention an der Christian-Albrechts-Universität, dem Rat für Kriminalitätsverhütung auf Stadtebene und den örtlichen Räten dieser Art und ggf. weiteren an diesem Thema einschlägig interessierten Experten eine Zusammenstellung der im kommunalen Präventions- und Sicherheitsbericht zu behandelnden Themen zu erarbeiten. Er soll Aussagen zu mindestens folgenden Inhalten machen (keine abschließende Aufzählung):
  - Arbeit des Kieler Rates für Kriminalitätsverhütung und der örtlichen Gremien dieser Art
  - Kommunaler Ordnungsdienst
  - Zusammenarbeit mit der Kieler Polizei
  - Jugendschutz
  - Datenschutz
  - Verkehr
  - Präventionsprojekte
  - Prävention durch bauliche Maßnahmen (u.a. Angsträume)
  - Gewalt gegen Personen und Sachen
  - Diebstahl
  - Betrug

- Rauschgiftdelikte
- politische Kriminalität

Nach Vorlage des Berichts wird die Verwaltung beauftragt, eine Experten-Konferenz einzu-berufen. Dort soll der Bericht vorgestellt und diskutiert werden.

II.

Der mit Beschluss der Haushaltssatzung vom 11.12. 2008 durch die Ratsversammlung an der HHSt. 1112 13 gesetzte Sperrvermerk über 5.100 € wird aufgehoben.

**Begründung:**

Alle Ansätze kommunaler Sicherheitspolitik setzen eine genaue Kenntnis der tatsächlichen Sicherheitslage voraus, wenn sie angemessen auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren wollen. Die von der Polizeidirektion Kiel-Plön jährlich im Innen- und Umweltausschuss vorgelegte Kriminalstatistik kann dabei nur als Indiziengeber gewertet werden. Ein umfassenderer Ansatz, aussagekräftige Daten und Fakten zur Verfügung zu stellen, ist ein Präventions- und Sicherheitsbericht. Deshalb sind Papiere dieser Art bereits auf der Bundes- und Landesebene, aber auch im kommunalen Bereich (Koblenz, Erfurt, Stuttgart) vorgelegt worden. Zahlen und Daten werden hier mit Handlungsmöglichkeiten und präventiven Maßnahmen verbunden. Daran soll sich auch der Kieler Bericht orientieren. Er bietet die Möglichkeit, zu einer objektiveren Bewertung von Zahlen und Daten zu gelangen. Zudem können notwendige Schwerpunktsetzungen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Steuerungsmodelle (doppischer Haushalt) bietet er auch die Möglichkeit, Ziele zu definieren und Kriterien der Qualitätskontrolle und Realitätstüchtigkeit zu entwickeln. Kommunale Sicherheit wird dann fester Bestandteil politischen Controllings der Ratsversammlung.

gez. Michael Wagner, SPD-Ratsfraktion

f. d. R.

gez. Karin Weichert, B90/Die Grünen

f. d. R

Ratsfrau Antje Danker, SSW